

# Sächsische Elbzeitung.

## Amts- und Anzeigebblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Schandau und den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Die „Sächs. Elbzeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, sowie durch die Expedition dies. Bl. für 1 Mark vierteljährlich zu beziehen. — Inserate für das Mittwochsbblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erbeten. — Preis für die gespaltene Corpuzzeile oder deren Raum 10 Pf., Inserate unter 5 Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet, (tabellarische oder complisirte nach Uebereinkunft). — Inserate für die Elbzeitung nehmen an in Hohnstein Herr Bürgermstr. Hesse, in Dresden und Leipzig die Annoncen-Bureau von Haafenstein & Vogler, Invalidendank und Rud. Rosse.

N<sup>o</sup>. 31.

Schandau, Mittwoch, den 16. April

1884.

### Bekanntmachung.

Zu einem zur Feier des Geburtsfestes Sr. Majestät des Königs Albert von Sachsen am 23. April d. J.

Nachmittags 5 Uhr

in der Villa Königin Carola abzuhaltenden Festdiner laden wir andurch ergebenst ein.

Preis des Couverts incl. Musikbeitrag 4 M. — Pf.

Zeichnungslisten liegen in der Ratskanzlei und im Forsthaufe aus.

Schandau, am 15. April 1884.

Der Stadtrat und das Stadtverordneten-Collegium.

Constantin Timmel, Bürgermstr. Rudolph Bätz.

### Politische Weltschau.

Die Osterfesttage haben die Discussion über die schwebenden Tagesfragen unserer inneren Politik auf ein Minimum reducirt und liegt auch über dieselben thatsächlich Neues nicht vor. Es gilt dies namentlich in Bezug auf die Krisis im preussischen Staatsministerium, deren Ausgang sich noch immer nicht mit Bestimmtheit vorherzusehen lässt; jedenfalls werden aber die nächsten Tage die Entscheidung in dieser Frage bringen. Auch in einer anderen wichtigen Angelegenheit, nämlich hinsichtlich des Schicksales des Socialistengesetzes im Reichstage, resp. der beantragten Verlängerung desselben, ist etwas Gewisses nicht zu verzeichnen. Die Leiter der in dieser Frage den Ausschlag gebenden Centrumpartei wollen anscheinend die Sache während der Ferienpause des Reichstages „diplomatisch“ behandeln, obwohl sich die Reichsregierung schon klar und bündig dahin ausgesprochen hat, daß sich das Parlament nur für stricte Annahme oder Ablehnung des betreffenden Antrages, ohne irgendwelche Zusätze, zu entscheiden habe. Es würde daher auch der Antrag, welchen das Centrum angeblich stellen will, das Socialistengesetz nur um ein Jahr, statt, wie vorgeschlagen, um zwei Jahre zu verlängern, keine weitere praktische Folge gegenüber der so deutlich documentirten Willensäußerung der Regierung haben.

Die Verschmelzung der Fortschrittspartei und der SeceSSIONisten hat im Lager der Gemäßigten-Liberalen den unter den veränderten Verhältnissen begreiflichen Wunsch nach einer strafferen Organisation der national-liberalen Partei erzeugt. Seitdem sich Herr v. Bennigsen aus dem parlamentarischen Leben zurückgezogen hat, ist das Bedürfnis immer stärker hervorgetreten, der Partei wieder einen thätkräftigen Führer zu geben. Jüngst verkauete allerdings, daß Herr v. Bennigsen wieder an den parlamentarischen Geschäften theilnehmen werde und in einem pfälzischen Reichstagswahlkreise zu candidiren gedenke, neueren Nachrichten zufolge ist indessen dieses Gerücht durchaus unbegründet. Jetzt wird nun Herr Miquel, der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., als der künftige Leiter der national-liberalen Partei bezeichnet; dieses Gerücht muß indessen mindestens ebenfalls als verfrüht betrachtet werden. Herr Miquel selbst hat bekanntlich erklärt, daß ihn seine umfangreichen Amtsgeschäfte an dem parlamentarischen Wirken verhindern, während doch die Theilnahme an den Verhandlungen der Parlamente die conditio sine qua non für das Haupt einer politischen Partei bildet. Im Uebrigen wollte Herr Miquel kürzlich in Berlin und bringt man dies auffallender Weise mit den bevorstehenden Aenderungen im preussischen Ministerium in Verbindung.

Zwischen der preussischen Regierung und der Berliner Stadtverordneten-Versammlung droht ein merkwürdiger Conflict anzubrechen. Es handelt sich um das vielbesprochene Rescript des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, wodurch dem Stadtverordneten-Vorsteher untersagt worden ist, den Antrag des Stadtverordneten Singer bezüglich der politischen Vertretung der Stadt Berlin discutiren zu lassen. Motivirt ist dieser Erlaß durch den Hinweis darauf, daß eine derartige Erörterung der Discussion der Stadtverordneten-Versammlung nicht unterliegen könne, da sich

letztere nur mit den communalen Angelegenheiten zu beschäftigen habe. In ihrer Mittwochssitzung hat nun die Versammlung beschlossen, beim Minister des Innern über das erwähnte Rescript des Oberpräsidenten Beschwerde zu führen, es ist indessen kaum anzunehmen, daß der Minister das Verfahren des Oberpräsidenten rectificiren wird.

Der „Ochsenkrieg“ zwischen Oesterreich und Ungarn ist nun beigelegt worden und zwar anscheinend durch die Nachgiebigkeit der österreichischen Regierung. Die „Pol. Corresp.“ veröffentlicht einen Ministerial-Erlaß, durch welchen die Verordnung der niederösterreichischen Statthalterei, betreffend die Vieheinfuhr aus Ungarn, aufgehoben wird, da dieselbe durch die beruhigenden Aufklärungen Ungarns in Betreff der Handhabung der Veterinärpolizei gegenstandslos geworden sei. Diese „beruhigenden Aufklärungen“ ändern nichts an der Thatsache, daß die Fleischversorgung von Wien in den Händen der ungarischen Viehwucherer bleibt, die ihre Freunde auch im Wiener Gemeinderathe haben; im Uebrigen hat dieser Ausgang der Affaire wieder einmal bewiesen, wie sehr man sich in Wien durch die Ungarn in's Bodenhorn jagen läßt.

Der Streik im Kohlen Reviere von Anzin behauptet seinen gefährlichen Charakter, wiewohl nach den Dynamit-Explosionen in verschiedenen Gruben keine weiteren Ausschreitungen vorgekommen sind. Am Donnerstag fanden im Bereiche des Kohlenbeckens nicht weniger als 17 Versammlungen der Streikenden statt, in denen überall aufreizende Reden gehalten wurden. Es ist hierdurch nur neuer Zündstoff in die Bewegung geschleudert worden und es wird dem gegenüber die höchste Zeit, daß die französische Regierung die energischsten Mittel zur Eindämmung dieser gefährlichen Bewegung ergreift.

In London wird man die neuerdings aus Chartum eingetroffenen und etwas günstiger lautenden Berichte General Gordons mit großer Befriedigung aufgenommen haben. Gordon meldete, daß er die Aufständischen in mehreren Treffen am 30. und 31. März geschlagen und daß der Feind hierbei 40 Tode, 8 Verwundete und 16 Pferde habe. Nach dem verhältnißmäßig geringem Verluste der Aufständischen zu urtheilen, scheinen aber diese Affairen keine große Bedeutung gehabt zu haben und dürfte daher die kritische Situation Gordons nicht wesentlich gebessert worden sein. Was die Differenzen zwischen dem ägyptischen Ministerpräsidenten Kubar Pascha und dem Generalsecretär Clifford Lloyd anbelangt, so sind dieselben dem Vernehmen nach in befriedigender Weise beigelegt worden. Es heißt, Clifford Lloyd würde sich auf seine bisherigen Functionen beschränken und zwar als ägyptischer, nicht als englischer, Beamter.

In den um das Congo-Gebiet spielenden Interessenstreite hat der amerikanische Senat einen bemerkenswerthen Beschluß gefaßt. Vom Senate ist nämlich der Antrag, den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu ermächtigen, die internationale afrikanische Gesellschaft als die im Congo-Gebiete dominirende Macht anzuerkennen, angenommen worden. Die genannte Gesellschaft hat ihren Sitz in Brüssel und steht unter dem Protectorate des Königs der Belgier; in ihrem Auftrage weit die Stangley'sche Expedition an den

Ufern des Congo. Diese Gegend hat sich aber bekanntlich auch die französische Expedition unter Brazza zum Felde ihrer Thätigkeit erkoren, andererseits betrachten jedoch die Portugiesen das Congo-Gebiet als ihnen gehörig, während die Holländer und Engländer ebenfalls Miene machen, sich daselbst festzusetzen. Bei den verschiedenen am Congo sich kreuzenden Interessen ist es daher mehr als zweifelhaft, daß die internationale afrikanische Gesellschaft von ihren Rivalen als Vormacht anerkannt wird.

Am Hofe von Peking liegen augenscheinlich die Kriegs- und die Friedenspartei mit einander im Kampfe. Von dem geheimen Rathe, der obersten Instanz für die auswärtigen Angelegenheiten China's, war beschlossen worden, in Friedensunterhandlungen mit Frankreich wegen der Tonking-Affaire zu treten und möglichst bald einen definitiven Friedensschluß herbeizuführen. Infolge dessen sind auf Befehl der Kaiserin von China Prinz Kung und vier andere Mitglieder des geheimen Rathes, auf deren Betrieb hauptsächlich jener Beschluß gefaßt wurde, öffentlich degradirt und aller ihrer Würden entsetzt worden. Die chinesische Herrscherin scheint demnach eine sehr einflussreiche Persönlichkeit und daneben keine besondere Freundin der fremden „Barbaren“ zu sein.

### Die Feinde der französischen Republik.

Die Franzosen sind ein wunderbares Volk und ihre Dankelmüthigkeit ist ihr größter Fehler. Nachdem sich die Franzosen zum dritten Male einen republikanischen Staat gegründet haben und seit nahezu hundert Jahren mit den Bonapartisten, Legitimisten und Orleanisten die schlimmsten Erfahrungen gemacht haben, giebt es doch immer und immer wieder eine große Anzahl unter ihnen, die, aus Egoismus oder leidenschaftlicher Thorheit, nach den Prätendenten hinüberschießen und gern einen neuen König oder Kaiser an Frankreichs Spitze stellen wollen. Daß dieses Project mindestens Revolution und Contrerevolution hervorrufen muß und am Ende Frankreich noch schlechter dastehet als vorher, scheinen jene unruhigen Geister gar nicht begreifen zu wollen.

So haben die in letzter Woche stattgefundenen Nachwahlen für die französische Deputirtenkammer bewiesen, daß die Orleanisten wirklich an Anhänger gewonnen haben. Ein orleanistisches Wahlcomitee in Toulouse hat sogar ganz offen die monarchische Fahne geschwenkt und durch ein heftiges Rundschreiben alle Conservativen zur nachdrücklichen Bekämpfung der Republik aufgefordert. Was die französische Regierung betrifft, so scheint ihr die Agitation weniger Sorge zu machen, als die Thatsache, daß die für die Republik im Laufe der letzten Jahre gewonnenen parlamentarischen Elemente von jener wieder abgefallen und in das Lager der Prinzen übergegangen sind. Man nennt hervorragende Mitglieder des linken Centrums, welche sich offen als politische Freunde des Grafen von Paris, des Chefs der Orleanisten, bekennen und bei diesem, unbekümmert um die Denunciationen der republikanischen Blätter, aus- und eingehen. Daß der Graf in den parlamentarischen Kreisen seinen Anhang zu vermehren sucht, hat kürzlich die Ver-